



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 28
Fernschreiber 0866890

P/XII/289 - 18. Dezember 1957

Anhang: Die NATO-Konferenz in Paris /Eigenbericht (III)

Im Schatten von Bulganin, Rapacki und Kennan

G.M. - Paris

Einen Tag vor Abschluss der Pariser NATO-Konferenz scheinen die militärischen Fragen in den Hintergrund gedrängt zu sein. Politische Probleme werden so stark in den Vordergrund gestellt, dass zahlreiche Pariser Morgenzeitungen bereits von einem diplomatischen Sieg Bulganins, Rapackis und Kennans sprechen. Es gilt als sicher, dass im Abschlusskommuniqué Sätze enthalten sein werden, die es Moskau ermöglichen, sowohl in der Frage der Abrüstung wie auch in der Frage von Verhandlungen auf der Grundlage der Bulganinbriefe dem Westen einen Schritt entgegenzukommen. Der Einfluss der sozialdemokratisch regierten Staaten Norwegen und Dänemark, aber auch die ständig wachsende Misstimmung der offiziellen Meinung in Westeuropa gegen die sinnlose Forderung des Westblockans scheinen das Programm der ganzen Konferenz geändert zu haben.

Einigkeit besteht über die Notwendigkeit, die Bulganinbriefe in nicht nur zweiseitigen Antworten zu behandeln, sondern auch gemeinsame Antworten zu erarbeiten. Das Ziel dieser Antworten ist eine Gipfalkonferenz mit Moskau, wobei allerdings die Frage auftaucht, inwieweit die Beteiligung der Regierungen beider deutscher Teilstaaten vermieden werden kann.

Die Franzosen und Engländer neigen zu der Ansicht, dass man eine zukünftige Gipfelkonferenz in der Zusammensetzung der letzten Genfer Konferenz abhalten sollte, Interessanterweise wird hier schon davon gesprochen, dass die ehemaligen Siegermächte im Hinblick auf die Überwindung der Spaltung Deutschlands bereits die Möglichkeit erwähnen, die Regierungen von Bonn und Pankow zu beauftragen, durch technische Kontakte Modalitäten für die Vorbereitung von gesamt-deutschen Wahlen zu schaffen.

Diese Frage dürfte aber kaum im offiziellen Abschlusskommuniqué erwähnt werden. Vielmehr gilt sie als Perspektive für den Fall, dass Moskau sowohl auf der Ebene der Abrüstungsverhandlungen als auch auf der Ebene der Rapacki- und Kennan-Vorschläge zu Gesprächen bereit wäre.

Die militärischen Fragen, die zu Beginn der Konferenz nach dem Willen der Amerikaner ursprünglich im Vordergrund stehen sollten, werden heute auf die Diskussion über die Konsolidierung der NATO-Mächte begrenzt. Das heisst, man will für mögliche spätere Verhandlungen mit Moskau das militärische Dispositiv so stark machen, dass es ebenfalls als Verhandlungsgegenstand in die Ost-West-Gespräche eingefügt werden kann. Hierzu gehören die Probleme der gemeinsamen Entwicklung und Produktion klassischer Waffen in Europa mit Hilfe amerikanischer Erfahrung, wobei zunächst die Frage der Errichtung von Raketenabschussbasen und der Lieferung atomarer Waffen ausgeklammert bleiben soll. Die Amerikaner dringen darauf, dass diese Fragen weiter von den Militärs verhandelt werden, damit eventuell bei ergebnislosen Verhandlungen mit Moskau sofort das militärische Dispositiv wieder in den Vordergrund gestellt werden kann.

Unbestätigten Gerüchten zufolge soll Frankreich bereit sein, der Errichtung von Raketenabschussbasen auf seinem Boden zuzustimmen.

18. Dezember 1957

Neue Gedanken suchen Raum

G.M. Paris

Wenn man jahrelang gedacht hat, die Sowjets würden nur durch eine Politik der Stärke zu erfolversprechenden Verhandlungen über die Entspannung der Weltsituation veranlasst werden können, ist es angesichts der Sputniks und der interkontinentalen russischen Raketen schwierig, von diesem Gedanken wieder herunterzukommen, ohne das Gesicht zu verlieren. Irgendwie wirkt deshalb vieles, was hier in Paris gesprochen oder geschrieben wird, grotesk oder gespenstig. Man weiss, dass sich die Russen keineswegs durch die Politik der Stärke einschüchtern liessen, sondern heute militärisch stärker sind als je zuvor. Man weiss aber auch, dass die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs keine Politik ist und keine andere Wirkung haben würde, als die Furcht in allen Völkern vor einem dritten Weltkrieg zu steigern, ohne ihnen die Gewissheit geben zu können, eine solche Katastrophe zu überleben. Dies einzugestehen, wäre aber das Ende der NATO.

Deshalb sucht man Zwischenlösungen, die Aussicht bieten, einerseits stark zu erscheinen, andererseits aber Möglichkeiten nicht versperren, neue Abrüstungsverhandlungen, neue Gespräche mit Moskau und die Erörterung neuer Ideen zur Lösung der Weltkonflikte anzubahnen.

Die Rolle, die Adenauer hierbei spielt, wird sehr unterschiedlich beurteilt. Die Tatsache, dass er bei den Eröffnungsansprachen die Möglichkeit diplomatischer Fühlungnahme mit Moskau anregte, wird allgemein als eine Verbeugung vor der innerdeutschen Opposition gegen die Fortsetzung des atomaren Rüstungswettlaufs gewertet. Man weiss hier in Paris nur zu gut, dass die deutsche Öffentlichkeit trotz der Wahl vom 15. September mit Grauen an den Tag denkt, an dem die Bundesrepublik zur Zielscheibe für russische Raketen werden könnte. Deshalb versteht man das recht gut zur Schau gestellte Bemühen des Bundeskanzlers, der jetzigen Konferenz ein überwiegend politisches Gepräge zu geben.

Bei allen Gesprächen mit Delegationsteilnehmern bleibt doch der Wunsch spürbar, eine neue Gipfelkonferenz mit den Sowjets anzusteuern. Dulles hat zwar am Montagnachmittag den NATO-Partnern die Lieferung von Mittelstreckenraketen angeboten, aber gleichzeitig durchblicken lassen, dass erstens niemand gedrängt werden soll, dass zweitens die Bereitschaft zur Annahme dieser Vernichtungswaffen in zweiseitigen Verhandlungen geklärt werden kann und dass drittens umfangreiche Lieferungen

nicht vor zwei bis drei Jahren möglich sind, ausser für England, das bereits 1958 einige Mittelstreckenraketen erhalten wird.

Die Norweger und Dänen haben das ihre dazu getan, um durch ihre klare Weigerung, Raketen in Empfang zu nehmen oder Abschusstasen auf ihrem Gebiet errichten zu lassen, die rein militärische Problematik der Konferenz in Frage zu stellen. Die Haltung der französischen Delegierten ist von der Absicht diktiert, einerseits von den USA die Zusicherung zu erhalten, dass Frankreich in Nordafrika die Priorität behält und dass andererseits die Tür zu neuen Verhandlungen mit Moskau auf höchster Ebene nicht zugeschlagen wird.

Erstaunlich ist der Einfluss der kleinen Staaten Norwegen und Dänemark. Diese sozialdemokratisch geführten Länder haben bis heute schon dem Gang der Verhandlungen in Richtung politischer Entscheidungen ihren Stempel aufgedrückt.

Es ist bemerkenswert, in welchem Ausmass die seit Jahren von der deutschen Sozialdemokratie geforderten politischen Vorstellungen zur Entspannung des Ost-West-Konfliktes Allgemeingut geworden sind. Nur völlig Unwissende oder Böswillige können heute noch an der Tatsache vorübergehen, dass die Opposition in der Bundesrepublik das Weltgeschehen richtig einschätzte, als sie immer wieder davor warnte, die Lösung der gerade das deutsche Volk bedrängenden Probleme mit ausschliesslich militärischen Mitteln anzustreben. Heute spricht alle Welt davon, dass die Zeit vorüber ist, als man die Russen mit militärischen Massnahmen einzuschüchtern gedachte. Heute gibt man zu, dass viel Zeit verlorengegangen ist und dass Vernünftiges nur erreicht werden kann, wenn man politische Mittel zur Wiederherstellung einigermaßen normaler Verhältnisse in der Welt anwendet. Aber - ein nicht geringer Teil der NATO-Mitglieder sind noch Gefangene der eigenen Politik. Ob sie sich davon lösen können wird erst das Abschlusskommuniqué der Konferenz zeigen.

* * *



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0866890

F/XII/289 - 18. Dezember 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Die NATO-Konferenz in Paris / Eigenbericht (III) - Beilage - S. 1
Heinrich Albertz: Weihnachten 1957 S. 3
Noch immer politische Gefangene in der Zone S. 4
Schweigender Bundeswirtschaftsminister S. 6
Freiheiten der Neonazis

Weihnachten 1957

Von Heinrich Albertz, Senatsdirektor, Berlin

Ich soll einen Weihnachtsartikel schreiben, und ich gestehe, dass diese Aufgabe von Jahr zu Jahr schwieriger wird. Man kann sich damit trösten, dass ja auch das Ereignis selber, dessen wir am Heiligen Abend gedenken, im Verborgenen geschah, abseits von Weltgeschichte, am Rande der Mächte, in einem verlorenen und vergessenen Volk, und unbeachtet von denen, die damals Reden hielten und sich so wichtig nahmen wie wir heute. Aber das Fatale ist, dass dieser Trost belastet ist mit einer Geschichte von 2000 Jahren, die die eine Hälfte der Welt mit Völkern gesättigt hat, die sich christlich kennen, und dass wir hier in unserem eigenen Volke - trotz allem was geschehen ist und noch täglich geschieht - das Weihnachtsfest feiern, als sei es eine Art Jahresschlussverkauf, bei dem die wichtigste Frage die zu sein scheint, ob die Geschäfte auch genügend lange geöffnet sein werden, damit unser Geld ausgegeben und verdient werden kann.

Es ist eine gespenst. rhaftere Welt. Ein Teil unseres Volkes hat in diesen Tagen wieder zu spüren bekommen, wie hart die Faust ist, die ihr Leben hält. Wenn er von einer deutschen Stadt in die andere fahren will, ohne die vorgeschriebenen Reise genehmigungen zu besitzen, ist dies eine mit Gefängnis bedrohte Tat. Der andere Teil erlebt in diesen Weihnachtstagen, wie seine Obrigkeit unbeirrt und ungerührt die letzten

Schritte tut, um sein Stück Deutschland zum äussersten Gefahrenherd eines kommenden Krieges auszubauen. Und um uns alle - fast schon vergessen oder zu einem Kinderspielzeug verniedlicht - kreist Sputnik, der "Rote Mond", das unübersehbare Zeichen dafür, dass es trotz aller grossväterlichen Reden unseres Bundeskanzlers zwei Weltmächte auf dieser Erde gibt, und dass die eine - nicht unsere Freundin - die erste Runde im Wettlauf um die Vorherrschaft auf dieser Erde gewonnen hat.

Das alles ist sehr wenig weihnachtlich, und wenn eine Zeitung diesen Artikel druckt, dann ist sie dessen sicher, dass ein Teil ihrer Leser ihn verdrossen zur Seite schiebt, weil er wenigstens zum Fest seine Ruhe haben will. Diese geliebte Ruhe, die wir gar nicht verachten wollen, und mit der man, wie wir gesehen haben, sogar Bundestagswahlen gewinnen kann, und die doch nur der trügerische Schein einer falschen Sicherheit ist, für die wir als Deutsche so schrecklich anfällig sind, und in der wir schon zwei Kriege verloren haben! Das Nicht-sehen wollen, was ist, bleibt unsere grösste Gefahr, und ich bin der altmodischen Auffassung, dass gerade Weihnachten uns dazu helfen könnte, ein wenig nüchterner und aufrichtiger zu werden. Ich will den unendlichen Zauber, der über der "Heiligen Geschichte" liegt, gar nicht verkleinern. Wir wären armselige Menschen, wenn wir uns nicht mehr von ihm ergreifen liessen; aber mitten in seinem unbeschreiblichen Licht liegt doch die vielleicht sehr bittere Wahrheit, dass das Grosse und allein Wichtige und Entscheidende immer gerade dort geschieht, wo wir es nicht suchen; in unsere Zeit und Sprache übersetzt, nicht dort, wo die Schaltkebel der Macht liegen, nicht im Glanz unseres Reichums, nicht im Bereich der Programme, die wir aufstellen und der Nachrichten, die wir über unsere eigenen Erfolge verbreiten.

Vielleicht gibt es in diesen Tagen ein wenig Ruhe, darüber nachzudenken, und vielleicht sind wir wenigstens in diesen Tagen besser als sonst ein Volk, das sich über alle unnatürlichen Grenzen hinweg zusammenghörig fühlt und der Versuchung widersteht, jeweils auf Kosten des anderen Teiles leben zu können.

Ein Fall für viele

D.R.-Wenn wir in diesem Jahr das Weihnachtsfest in treuten Kreise unserer Angehörigen begangen, dann wandern unsere Gedanken auch zu unseren Brüdern und Schwestern jenseits des "Eisernen Vorhanges", die in einem System der Unfreiheit und Willkür täglich neuen Schikanen des Zonenregimes ausgesetzt sind.

Ganz besonders gedenken wir aber auch derjenigen Menschen in der Zone, die ihrer politischen Haltung wegen oder vollkommen unschuldig zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind und dieses Fest der Familie fern von ihren Angehörigen in dunklen Kerkerzellen von Bautzen, Brandenburg, Borsgau oder Hoheneck verbringen müssen.

Unter ihnen sind aufrechte Menschen, die zu Stalins Zeiten von der russischen Geheimpolizei verhaftet worden sind und die bisher vergeblich ihre Freilassung forderten.

Zwar haben die Zonenbehörden, denen diese Gefangenen übergeben worden sind, dem größten Teil der von sowjetischen Militär-Tribunalen Verurteilten entlassen, aber noch immer warten über hundert Männer auf ihre Entlassung. Es gibt keinen Grund, diese Menschen nach Verbüßung von 6, 8 oder gar 10 Haftjahren weiter in völliger Ungewissheit über ihr Schicksal in den Kerkerzellen festzuhalten. Nachdem sie seinerzeit unter fadenscheinigen Gründen verhaftet worden waren, weigert sich die Zonenjustiz immer noch beharrlich, auch diesen Gefangenen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Sie sind nicht mehr oder minder schuldig als diejenigen, die nun nach rein willkürlicher Art in den Jahren zuvor entlassen hat.

Ein Fall mag für andere beispielgebend sein:

Der Hamburger Dr. Karl Plath kam 1947 aus Westdeutschland zum Besuch seiner Angehörigen nach Halle, wo er kurz darauf wegen Spionageverdachts von dem russischen Geheimdienst verhaftet wurde. Da die NKWD gegen ihn keine Anklagepunkte fand, wurde er nicht verurteilt,

sondern in ein Internierungslager gesteckt. Erst 1949 holte man Plath wieder in Untersuchungshaft, um gegen ihn ein konstruiertes Verfahren zu eröffnen. Inzwischen war Plath schwer Ebc-krank geworden und spuckte Blut. Der russische Untersuchungsrichter erklärte ihm nach seiner Bitte um Behandlung, solange er sich in Untersuchungshaft befinde, könne er nicht behandelt werden. Erst im Straflager sei dies möglich.

Am Rande seiner körperlichen Kräfte unterschrieb Plath daraufhin das Protokoll über seine angebliche Spionagetätigkeit und wurde anschliessend zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Kurz darauf kam er in die Strafanstalt Bautzen.

Bei der Übernahme durch die Volkspolizei wurde ihm eröffnet, dass seine Strafzeit erst vom Zeitpunkt seiner Verurteilung an rechne, da er sich so lange geweigert habe, das Protokoll zu unterschreiben. Im Herbst 1957 wurde Plaths Strafe schliesslich auf 10 Jahre herabgesetzt; eine Freilassung lehnte man ab.

Obwohl Plath bereit ist, seine Unschuld vor einem ordentlichen deutschen Gericht nachzuweisen, verhindert die Zonenjustiz jede Wiederaufnahme seines Verfahrens, weil dann deutlich würde, dass in der Zone nach wie vor unschuldige Menschen eingesperrt sind, die nach unzähligen Protesten nun in Hoffnungslosigkeit und Lethargie dahinleben, da sie keinen Ausweg mehr aus dieser körperlichen und seelischen Misere sehen.

Der Leidensweg dieses Hamburgers ist kein Einzelfall. Er spricht für viele. Sie bilden eine ständige Anklage gegen ein Regime, das das Unrecht zum politischen Prinzip erhoben hat.

+ + +

Wo ist Erhard ?

FB. - Es ist verständlich, dass in diesen Tagen publizistisch die NAFO-Konferenz in Paris alles andere geradezu überwacht. Innenpolitisch ist dies ausserordentlich zu bedauern, denn gerade jetzt spielen sich auf dem Sektor der Preise Dinge ab, die die Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis nimmt, die sie aber spätestens im Frühjahr bitter zu bezahlen haben wird.

Als kurz nach den Wahlen die demonstrative Kohlepreiserhöhung erfolgte, haben sozialdemokratische Sachverständige sofort darauf hingewiesen, dass - wenn sie nicht verhindert wird - nach allen Erfahrungen eine Kohlepreiserhöhung sich fortwälzen und alle Bereiche der Gütererzeugung und schliesslich auch die Nahrungsmittel erreichen werde. Der Bundeswirtschaftsminister hat dieser These scharf widersprochen und darauf hingewiesen, dass diese Preiserhöhung sich bei den einzelnen Industriezweigen so "minimal" auswirke, dass zu einer Preiswelle kein Anlass bestehe.

Kurze Zeit darauf hat die Eisen- und Stahlindustrie Erhard durch ihre Preiserhöhung widerlegt. Diesen Vorgang hat die Öffentlichkeit noch zur Kenntnis genommen, während sie den weiteren Preisaktionen kaum noch Beachtung schenkte. Dabei haben in der Zwischenzeit die Drahtindustrie die Preise erhöht, die Weissblech-Hersteller sind gefolgt, die drei grössten Werke, die in der Bundesrepublik verzinktes Weissblech herstellen, sind, obwohl in diesem Industriezweig die Absatzlage sehr labil ist, diesem Trend gefolgt. Am Dienstag wurde der generelle Beschluss gefasst, die Kanal-Verkehrs-Tarife zu erhöhen.

Für die einzelne Hausfrau ist es im Moment ein "böhmisches Dorf", wenn man versucht, ihr klarzumachen, dass eine Erhöhung der Drahtpreise letzten Endes auch sie treffen wird. Trotzdem ist es so, denn die gesamten Preiserhöhungen, die heute beschlossen werden, werden sich spätestens im Frühjahr direkt im Portemonnaie jeder Hausfrau auswirken. Nämlich dann, wenn die Preiswelle bei den Endprodukten angelangt ist, die die Hausfrauen im Laden kaufen.

Wo bleibt Bundeswirtschaftsminister Erhard? Er ist in Bonn, aber er hat sich völlig in Schweigen gehüllt. Er nimmt die Preisentwicklung tatenlos zur Kenntnis, obwohl er im Herbst in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk ausgeführt hat, dass es ihm nichts ausmachen werde, jeden Tag vor die Öffentlichkeit zu treten, um gegen Preiserhöhungen zu kämpfen. Von diesem Kampf verspürt man heute nichts mehr. Der Bundeswirtschaftsminister hat resigniert. Das aber sollte ihm die Öffentlichkeit nicht so billig abnehmen, wie bisher, denn auf der Anklagebank steht immerhin ein wertbrüchiger Minister. Man sollte nicht warten, bis für jeden sichtbar der nächste Schock eintritt, sondern schon heute Erhard in die Preis-Arena fordern.

Omar Amin grüsst aus Ägypten

tt. - "Der Ring", das Monatsblatt des Bundesverbandes ehemaliger Internierter und Entnazisierungsgeschädigter, hat es immer weit von sich gewiesen, als das Organ der Neonazis bezeichnet zu werden. Diesen Anspruch torpediert das Blatt aber in seiner Dezember-Nummer selbst, in der nicht nur Briefe von heute offenbar wieder recht aktiven ehemaligen Nationalsozialisten aus Schweden, Dänemark und Österreich abgedruckt werden ("Kameraden! Lasst uns die Hände reichen und einen heiligen Eid schwören, dass unter der Parole "Einer für alle und alle für einen" in einem glaubensfesten Gemeinschaftskampf ...". Aus dem Brief des "Wortführers" in der "Vereinigung für Recht und Gesetz", Gunnar Gullberg aus Stockholm). In der Dezember-Nummer des "Ring" nimmt aber auch ein Mann das Wort, der zu den aktivsten Neo-Nationalsozialisten der Nachkriegszeit gezählt werden kann: Professor Dr. Johannes von Leers, den sein Weg von Deutschland über Peron-Argentinien bis in das Nasser-Ägypten von heute geführt hat.

"Ring"-Kämpfer von Leers bietet sich in neuer Gestalt an: Als "Professor Dr. Omar Amin von Leers". Er ist, so schreibt er, "natürlich zum Islam übergetreten und ein guter Muslim" geworden, weil der Islam die grossen Freiheitskämpfer hervorgebracht habe: Etwa den "gewaltigen Grossmufti Hadsj Amin el Hussein, der eine der grössten Erscheinungen unseres Zeitalters ist", oder den genialen Freiheitskämpfer Gamal Abd el Nasser", den er an anderer Stelle seines Briefes auch "tüchtig, gerecht und klug" nennt. Nasser, den man um seinen neo-mohammedanischen Neonazi Leers nicht gerade beneiden kann, dürfte sich die Lobesattribute deshalb zugezogen haben, weil er dem Omar Amin erlaubt hat, in Kairo Professor zu sein, "was die giftige Ranküne mir in der alten Heimat nie gestatten würde". Und was bringt der Neomuslim der "hochbegabten Jugend Ägyptens" bei? Den Hass "gegen Zionisten und Imperialisten"!

Der würdige Professor Omar Amin von Leers ergeht sich in seinem Brief, das ein unwahrscheinliches Dokument von geradezu atavistischer Verblendung ist, in einer Flut von Phrasen, die an Hybris nicht zu überbieten sein dürften. Da stolpert man über das "hohnvoll verweiger-te Recht", über die "h. rzlose Gemeinheit und giftige Gehässigkeit",

über die "offene Verachtung", über eine "Kolonie, die von einer niedergehaltenen, künstlich jedes Nationalgefühl beraubten, überarbeiteten und übersteuerten Bevölkerung deutscher Zunge bewohnt wird" (das ist, nach Leers, die Bundesrepublik), über die "Rettung der deutschen Seele, damit sie nicht im versklavten Vaterlande zum Absterben gebracht wird," und überall den anderen Wust an trommelnden Neonazi-Patras, den man ausserhalb des engen Kreises dieser Rückwärtsgewandten einfach nicht mehr hören kann und will. Um seiner Sache den letzten "Dreh" zu geben, rennt Omar Amin unentwegt Amok gegen Israel, das er "aggressionslüstern" und "friedhässig" (!) nennt, weil es nach seiner Meinung "ein jüdisches Grossreich vom Nil bis zum Euphrat errichten will".

Das also wäre Herr von Leers. Ihm zur Seite stehen heute in Kairo noch andere "alte Kameraden", die ebenfalls "gute Muslims" geworden sind und "die Herrschaft der Ungläubigen nicht ertragen" dürfen. Die "Unbläubigen", das sind nicht nur die "friedhässigen" Israelis, das sind inzwischen auch wir "andere" Deutschen geworden, die in Omar Amin von Leers nicht den "treuen und ehrenhaften Deutschen" sehen, als die er in messerscharfer Trennung von uns nur die "Ring"-Kämpfer anerkennen will.

Der "gute Muslim" von Leers erträgt das nicht. Wir tun, ungekränkt, dergleichen und haben, nicht gerade betrübt, zur Kenntnis genommen, dass Omar Amin von uns gegangen ist. Es ist nun Sache der Leute vom "Ring", sich einmal sine ira et studio zu überlegen, ob sie es eigentlich vor sich selbst verantworten können, vor diesen "friedhässigen" Omar Amin als Kameraden angeredet zu werden. Dass der lange Hass-Erguss des von Leers aber unangerechnet in einer dem Weihnachtsfest gewidmeten Ausgabe des "Ring" veröffentlicht worden ist, das allerdings ist beinahe ein Programm.

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler